Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

12.05.1993 - Beschlußprotokoll 31. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
31. Sitzung
12. 05. 93
Nr. 13/445 — 13/455

Nr. 13/445

Aufstellung eines Abfallwirtschaftsplanes für das Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Februar 1993
(Drucksache 13/485)

Der Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt.

Nr. 13/446

Folgende Wahlvorschläge (Tagesordnungspunkte 9 bis 14) werden vom Antragsteller zurückgezogen:

- Wahl eines Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
- Wahl eines Mitglieds des Petitionsausschusses
- Wahl eines Mitglieds des Datenschutzausschusses
- Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Häfen, Schiffahrt und Außenhandel
- Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Jugendhilfe
- Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Nr. 13/447

Fragestunde

1. Baden in der Weser
   Anfrage der Abgeordneten Christine Wischer, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 10. März 1993

2. Frauenförderpläne
   Anfrage der Abgeordneten Maria Spieker, Karoline Linnert und Fraktion DIE GRÜNEN vom 11. März 1993

3. Einwendungen gegen die Hafenerweiterung Hamburg-Altenwerder
   Anfrage der Abgeordneten Schramm, Karoline Linnert und Fraktion DIE GRÜNEN vom 11. März 1993

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

4. Abschiebung eines Kurden in die Türkei
   Anfrage der Abgeordneten Neumeyer, Kudella und Fraktion der CDU vom 12. März 1993

Die Anfrage wird zurückgezogen.

5. Unterbringung von Asylbewerberinnen
   Anfrage der Abgeordneten Elke Steinhöfel, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 15. März 1993

6. Entwicklung des Seegüterumschlages in den bremischen Häfen
   Anfrage der Abgeordneten Dr. Weichelt, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 15. März 1993

7. Deutsche Kammerphilharmonie Bremen
   Anfrage der Abgeordneten Schmurr, Leo, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 16. März 1993

8. Falschinformation durch den Senat
   Anfrage der Abgeordneten Röwekamp, Kudella und Fraktion der CDU vom 17. März 1993

9. Geldüberweisung
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 23. März 1993

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Installation einer Lärmschutzwand an der Nordseite der A 1 zwischen den Anschlußstellen Arsten und Brinkum
    Anfrage der Abgeordneten Bollhagen, Welke und Fraktion der FDP vom 26. März 1993

11. Auswirkungen des ABM-Zusatzprogramms für die Freie Hansestadt Bremen
    Anfrage der Abgeordneten Heise, Welke und Fraktion der FDP vom 30. März 1993

12. Ausbilderfunktionen bei der Polizei
    Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Kudella und Fraktion der CDU vom 1. April 1993

13. Mögliche Folgekosten der Schaffung eines zweiten Dienstsitzes des Senators für Häfen, Schiffahrt und Außenhandel
    Anfrage der Abgeordneten Braun, Welke und Fraktion der FDP vom 1. April 1993

14. Zwangsweise Unterbringung in der geschlossenen Psychiatrie
    Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 2. April 1993

15. Bahnanbindung Bremerhavens
    Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 5. April 1993

16. Fahrverbote bei Ozonbelastung
    Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (GRÜNE) vom 5. April 1993

17. Kindersitze in Kraftfahrzeugen
    Anfrage der Abgeordneten Janke, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 6. April 1993

18. Lärmschutzmaßnahmen an der Bundesautobahn A 27 — 3. Nachfrage
    Anfrage der Abgeordneten Teiser, Metz, Kudella und Fraktion der CDU vom 7. April 1993

19. Rechtslage für arbeitslose ausländische Seeleute in Bremen
    Anfrage der Abgeordneten Wenke, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 8. April 1993

20. Rauschgifthandel im Landessozialgericht

    Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 8. April 1993

21. Verfahren wegen Mietpreisüberhöhungen und Mietpreiswucher

    Anfrage der Abgeordneten Focke, Metz, Kudella und Fraktion der CDU vom 20. April 1993

22. Konsequente Anwendung der Zweckentfremdungs-Verordnung

    Anfrage der Abgeordneten Monika Harms, Kudella und Fraktion der CDU vom 21. April 1993

23. Einseitige Frachtenpolitik der Firmen Transfracht und Intercontainer zugunsten der Rheinmündungshäfen

    Anfrage der Abgeordneten Gassdorf, Kudella und Fraktion der CDU vom 26. April 1993

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 13/448

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, daß das von dem Abgeordneten Kudella und Fraktion der CDU beantragte Thema „Erneuter Beweis der Handlungsunfähigkeit des Senats in den Beratungen am 27. April 1993" (Neufassung) gemäß § 30 a Absatz 2 der Geschäftsordnung unzulässig ist.

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Marion Blohm und Gruppe der DVU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Senatsbeschluß zur Öffnung des Polizeiberufs für Ausländer".

Nr. 13/449

Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung der Übereinkunft der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein über ein Gemeinsames Prüfungsamt und die Prüfungsordnung für die Große Juristische Staatsprüfung vom 4. Mai 1972

Mitteilung des Senats vom 28. April 1993
(Drucksache 13/542)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/450

Gewalt an Schulen

Antrag der Gruppe der DVU
vom 1. Februar 1993
(Drucksache 13/464)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/451

Gewalt an Schulen der Freien Hansestadt Bremen
Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD, DIE GRÜNEN und der CDU
vom 16. Februar 1993
(Drucksache 13/491)

Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) bis 1. Dezember 1993 einen Bericht über die Gewaltbereitschaft an Schulen der Freien Hansestadt Bremen vorzulegen.

Insbesondere folgende Fragen sollen in diesem Bericht behandelt werden:

1. Welche Formen von Gewalt an Schulen des Landes Bremen gegen
   - Mitschülerinnen und Mitschüler,
   - Lehrerinnen und Lehrer,
   - andere Personen sowie
   - Schulinventar

   sind zu verzeichnen, und wie haben sich die Erscheinungsformen gegenüber den vergangenen Jahrzehnten verändert?
2. Welche Erscheinungsformen von Gewalt von Schülerinnen und Schülern bezeichnet der Senat
   - als harmlos, weil entwicklungspsychologisch bedingt, und
   - welche erfordern seiner Auffassung nach wirksame Gegenmaßnahmen?
3. Welche Schularten bzw. -stufen sind von diesem Phänomen besonders betroffen?
4. Welche Ursachen liegen der zunehmenden Gewaltbereitschaft zugrunde?
5. Wie verteilen sich prozentual die Gewaltdelikte
   a) auf Jungen
      auf Mädchen
   b) auf Stadtteile?
6. Welche Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt an Schulen sowie zur Gewaltprävention — insbesondere als ressortübergreifende Ansätze — werden in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ergriffen, und welche Erfahrungen sind mit diesen Aktionen bislang gemacht worden?

Nr. 13/452

Absage an Behindertenfeindlichkeit
Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 1. Februar 1993
(Drucksache 13/466)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/453

Privatisierung der landeseigenen Gesellschaft Polamar
Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 1993
(Drucksache 13/468)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/454

Überprüfung der Militärhilfe an die Türkei

Antrag der Fraktionen DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP vom 12. Mai 1993
(Neufassung der Drs. 13/469 vom 02. 02. 93)
(Drucksache 13/564)

Die Bundesregierung hatte am 23. Juni 1992 die Lieferung sämtlicher Rüstungsmaterialien an die Türkei gestoppt, weil sie zu der Auffassung gelangt war, daß die Türkei gegen die in den Lieferungsabkommen enthaltene Bestimmung verstoßen hatte, dieses Material nur zur Abwehr eines bewaffneten Angriffs auf das NATO-Vertragsgebiet zu verwenden. In einem Briefwechsel mit der türkischen Regierung stellte die Bundesregierung im Juni letzten Jahres eindeutig fest, daß die im Rahmen des Abkommens über NATO-Verteidigungshilfe und Materialhilfe an die Türkei gelieferten Materialien grundsätzlich nicht bei inneren Auseinandersetzungen eingesetzt werden dürfen. Nachdem die türkische Regierung dies zugesagt hatte, wurden die Lieferungen wieder aufgenommen.

Trotzdem gibt es immer wieder Hinweise, daß weiterhin Waffen und sonstiges Material aus NVA-Beständen vertragswidrig gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative einzuleiten mit dem Ziel, den Vorwurf der vertragswidrigen Einsetzung von Kriegsmaterial aus NVA-Beständen auf Bundesebene überprüfen zu lassen und ggf. darauf hinzuwirken, die Militärhilfe an die Türkei einzustellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) hält die von der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ausgerufene Waffenruhe und den Zusammenschluß aller wichtigen kurdischen Parteien für eine Chance, um eine friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage herbeizuführen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihren Einfluß bei der türkischen Regierung dahingehend geltend zu machen, daß sie die dafür notwendigen Gespräche mit den parlamentarischen Vertretern der Kurden beginnt.

Nr. 13/455

Einrichtung eines Studienschwerpunktes „Seniorensport"

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Februar 1993
(Drucksache 13/473)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Druck: Hans Krohn, Bremen